

## Beschlüsse des Kantonsrates

20. und 21. Sitzung vom 6. Dezember 2004:

Der Kantonsrat gibt Kenntnis von folgenden Beschlüssen, die an der 20. und 21. Sitzung vom 6. Dezember 2004 gefasst worden sind:

1. Von der Orientierungsvorlage des Regierungsrates betreffend Devestitionen zwecks Schuldenabbau im Hinblick auf die künftige Investitionstätigkeit zur Attraktivierung des Kantons als Wohn- und Betriebsstandort und den Verkauf eines Aktienpaketes der EKS AG von 25 Prozent an die Axpo Holding AG wird unter Namensaufruf mit 42 zu 29 Stimmen bei 5 Enthaltungen in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Der Staatsvoranschlag für das Jahr 2005 wird mit einem Stimmenverhältnis von 58 zu 1 gutgeheissen.
3. Der Bewilligung von Verpflichtungskrediten im Betrag von Fr. 2'440'000.-- wird mit 63 zu 0 Stimmen zugestimmt.
4. Der ordentliche Steuerfuss wird mit 41 zu 26 Stimmen auf 109 Prozent festgesetzt.
5. Der Erhebung einer Rebsteuer von Fr. 1.- pro Are wird mit 51 zu 0 Stimmen zugestimmt.
6. Der Ermächtigung des Regierungsrates zur Beschaffung der notwendigen Geldmittel auf dem Anleihens- resp. Darlehensweg wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.
7. Vom Rücktritt von Lisbeth Hunger-Keucher als Mitglied des Preiskuratoriums Schaffhauser Preis für Entwicklungszusammenarbeit auf Ende der Amtsperiode 2001-2004 wird Kenntnis genommen.
8. 3 Kantonsbürgerrechtsgesuche aus der Stadt Stein am Rhein gehen zur Vorberatung an die Petitionskommission.
9. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Genehmigung der Gebäudeversicherungsprämien für das Jahr 2005 wird zur Vorberatung an eine 9er-Kommission (2004/12) überwiesen. Die Zusammensetzung der Kommission wird an der nächsten Sitzung bestimmt.

10. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend ein Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (WoV-Gesetz; Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung) wird zur Vorberatung an eine 11er-Kommission überwiesen. Die Einsetzung dieser Kommission erfolgt im Januar 2005.
  
11. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates zur Einführung von umfassenden Blockzeiten am Kindergarten und an der Primarschule wird zur Vorberatung an eine 11er-Kommission überwiesen. Die Einsetzung dieser Kommission erfolgt im Januar 2005.